

Kampfschauplatz Armut

Der Unterschichtendiskurs in den Vereinigten Staaten

Von **Albert Scharenberg**

Bereits Schulkinder lernen im Sozialkundeunterricht, dass die bundesdeutsche Gesellschaft ein Oben und Unten hat, dass es nach dem bekannten „Zwiebelmodell“ der Sozialstruktur neben einer breiten Mittelschicht auch eine schmale Ober- und eine nicht ganz so schmale Unterschicht gibt.

In der Politik hingegen gilt mitunter, dass etwas nicht sein kann, was nicht sein darf. Kaum hatte die auf eine Studie der eigenen parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung gestützte Debatte über das neu entdeckte „Prekariat“ angehoben, beeilte sich Vizekanzler Franz Müntefering zu erklären, dass es hierzulande keine Schichten gebe. Damit scheint auch die SPD endlich bei Helmut Schelsky in den 50er Jahren angekommen zu sein, der die Bundesrepublik seinerzeit als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ charakterisierte. Wozu, ist man geneigt zu fragen, bedarf es in einer derart „klassenlosen“ Gesellschaft dann noch einer Sozialdemokratie?

Nun sind die legitimatorischen Motive von Müntefering und Co. leicht durchschaubar, hat doch seine im Bund seit über acht Jahren regierende Partei wesentlich dazu beigetragen, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland signifikant zugenommen hat – wie der „2. Armuts- und Reichtumsbericht“ der Regierung Schröder bereits vor zwei Jahren offenbarte.¹ Dass der führende Sozialdemokrat eine Gesellschaft, in der es mehr Reichtum und mehr Armut gibt als vor 10 oder gar 20 Jahren, in der Milliardäre und Einkommensmillionäre ebenso wie Hartz-IV-Empfänger, Überschuldete und Obdachlose leben, als Realität gewordene Sozialutopie charakterisiert, ist daher offenkundig ideologisch motiviert.

Ernster zu nehmen sind demgegenüber jene Stimmen in der politischen Öffentlichkeit, die nicht die sozialstrukturelle Realität von Klassen oder Schichten in Abrede stellen, sondern die Verwendung des Begriffs Unterschicht problematisieren.² Denn in der Tat kann der Begriff zur Stigmatisierung der sozial Schwachen und zum Zwecke sozialer Distinktion der Besitzbürger gebraucht werden – die Debatte über das „Unterschichtfernsehen“ mag hier als Beispiel dienen. Die zentrale Frage, die sich im Diskurs über die Unterschicht stellt, lautet demnach: Wie lässt sich das kritische Potential

1 Vgl. Albert Scharenberg, Armutszeugnis, in: „Blätter“ 2/2005, S. 135-138.

2 Vgl. beispielsweise Robert Misik, Für jetzt und immer unten, in: „die tageszeitung“, 17.10.2006.

der Sozialstrukturanalyse fruchtbar machen, und wo wird „Unterschicht“ zu einem stigmatisierenden Kampfbegriff?

Nun ist die bundesdeutsche Diskussion über die „neue Unterschicht“ bzw. „Unterklasse“ und die Auseinandersetzung mit den neuen Formen der Exklusion noch relativ jung. Ganz anders die Situation in den Vereinigten Staaten: Dort wird die Debatte bereits seit den 60er Jahren geführt. „Unterklasse“ und „Kultur der Armut“ sind Schlüsselbegriffe der US-amerikanischen sozialpolitischen Diskussion – auch wenn sie ursprünglich in einem anderen gesellschaftlichen Kontext entstanden und oftmals anders verwendet wurden als heute.

Insbesondere zeigt die US-Debatte, dass die inhaltliche Bedeutung der Begriffe immer von den politischen Kräfteverhältnissen im Lande abhängt – wie umgekehrt die jeweilige Deutung der empirischen Daten durch die Wissenschaft auch auf die Politik zurückwirkt.

Die 60er Jahre: „Unterklasse“ und „Kultur der Armut“

Nicht zufälligerweise begann die gesellschaftliche Debatte über Armut und „underclass“ auf dem Höhepunkt der Kämpfe der Bürgerrechtsbewegung in den frühen 60er Jahren. Der politische Aufbruch der Zeit fand seinen Niederschlag auch in den sozialwissenschaftlichen Publikationen. Die politisch unmittelbar größte Bedeutung besaß Michael Harringtons 1962 veröffentlichtes Buch über „Das andere Amerika“.³ Harringtons Bestseller zeigte auf, dass es in den USA im vermeintlich „goldenen Zeitalter“ des Fordismus auch großes Elend gab: Inmitten der ungeheuren Warensammlung, des größten Reichtums, den die Welt je gesehen hatte, lebte jeder vierte Mensch in Armut.

Diese schockierende Diagnose trug wesentlich dazu bei, dass sich auch die offizielle Politik unter Präsident John F. Kennedy und insbesondere unter Lyndon B. Johnson unter der Signum der „Great Society“ aktiv der Armutsbekämpfung zuwandte und schließlich gar einen „Krieg gegen die Armut“ ausrief, in dessen Folge die aus dem New Deal der 30er Jahre stammenden sozialstaatlichen Programme bedeutend erweitert wurden. Die Diagnose großer Armut wurde also als politischer Auftrag gedeutet, dieser Armut durch aktives Handeln von Staat und Gesellschaft zu begegnen.

In diesem Kontext wurden auch die – zunächst sozialwissenschaftlichen – Begriffe „underclass“ und „culture of poverty“ entwickelt und popularisiert. Beide thematisierten den Umstand, dass es für die Armen einen großen Unterschied ausmacht, ob ihre soziale Lage eher vorübergehend oder auf Dauer gestellt ist – zumal hieran auch das Bewusstsein über Aufstiegschancen und gesellschaftliche Teilhabe anknüpft.

Im selben Jahr wie Harringtons Bestseller erschien auch Gunnar Myrdals „Challenge to Affluence“, in dem der berühmte schwedische Autor den Begriff der „underclass“ einführte.⁴ Diese „underclass“ unterscheidet sich,

3 Michael Harrington, *The Other America. Poverty in the United States*, New York 1962.

4 Gunnar Myrdal, *Challenge to Affluence*, New York 1962.

Myrdal zufolge, von den traditionellen Unterschichten dadurch, dass ihre Angehörigen keine stabile Beziehung zum Arbeitsmarkt mehr besitzen und ihre soziale Lage entsprechend geringe Aufstiegschancen bietet, also nicht (mehr) vorübergehenden Charakter hat. (Weil der Begriff der „Klasse“ in den USA, anders als in Deutschland, nicht an den Marxschen Terminus gebunden ist, kann man „underclass“ sowohl mit Unterklasse als auch mit Unterschicht übersetzen; zur Unterscheidung von den traditionellen Unterschichten liegt hier die Übersetzung mit „Unterklasse“ nahe.)

Bereits zuvor hatte Oscar Lewis die – bald sehr kontroverse – These einer „culture of poverty“ entwickelt – allerdings an Beispielen nicht aus den USA selbst, sondern aus der „Dritten Welt“.⁵ Kennzeichen dieser „Kultur der Armut“ sei, so Lewis, die sich im Zuge von Dauerarbeitslosigkeit entwickelnde gesellschaftliche Ausgrenzung, welche, gerade aufgrund fehlender sozialer Organisation und individueller Frustration, entsprechende Reaktionsweisen und Lebenseinstellungen bei den Betroffenen hervorbringt, die sich wiederum verselbstständigen und somit auch intergenerationell weitergegeben würden. Kennzeichen der „Kultur der Armut“ seien das Gefühl der Hilflosigkeit, Ausgegrenztheit und Abhängigkeit sowie eine auf die eigene, unmittelbare Lebensrealität reduzierte Wahrnehmung von Gesellschaft. Lewis betonte allerdings, dass es sich hierbei um eine Schicht mit Status-, aber ohne Klassenbewusstsein handelte; klassenbewusste Arme seien dieser „Kultur der Armut“ nicht zuzurechnen.

Schon in den frühen 60er Jahren diskutierte die US-Gesellschaft also im Kern ganz ähnliche Fragen wie die bundesdeutsche heute, nämlich die weit verbreitete Armut, die Existenz einer dauerhaften Unterschicht oder „Unterklasse“ sowie einer „Kultur der Armut“. Dass die reichste Gesellschaft der Welt in ihrer Mitte ein solch beträchtliches Maß an Elend und Ausgrenzung aufwies, galt als politischer Skandal. Im Kontext der sozialen Proteste der Bürgerrechtsbewegung und des „War on Poverty“ waren die Bestrebungen innenpolitisch vorrangig darauf ausgerichtet, die Langzeitarbeitslosigkeit und ihre kulturellen Folgen zu skandalisieren und aktiv zu bekämpfen. Und dies im Übrigen durchaus nicht ohne Erfolg: Die offiziellen Armutsstatistiken weisen für die Zeitspanne zwischen 1959 und 1968 einen Rückgang der unterhalb der Armutsgrenze Lebenden von 39,5 auf 25,4 Millionen Menschen aus.

Arm = Schwarz?

Allerdings bezog sich der Diskurs über „Unterklasse“ und „Kultur der Armut“ schon in den 60er Jahren, zur Zeit der Erfolge der Bürgerrechtsbewegung, in besonderem Maße auf die afroamerikanische Bevölkerung. Und hier entfaltet sich auch die Ambivalenz des Begriffs: Einerseits waren die Schwarzen in der Tat in weit höherem Maße von Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Exklusion betroffen als andere Gruppen in der Gesellschaft.

5 Oscar Lewis, *Five Families: Mexican Case Studies in the Culture of Poverty*, New York 1959.

Zudem unterlag keine gesellschaftliche Gruppe in den USA einer derart starken sozialräumlichen Ausgrenzung wie die ghettoisierten Schwarzen. Insofern war (und ist bis heute) die eigenständige Untersuchung ihrer besonderen Lage erforderlich. Entsprechend gab es seit den 60er Jahren auch zahlreiche Arbeiten, die die Benachteiligung der Schwarzen mit der rassistischen Struktur der US-Gesellschaft erklärten.⁶

Andererseits kann die Fokussierung auf eine benachteiligte Gruppe auch als Stigma wirken, vor allem wenn die an ihr entwickelten allgemeinen Hypothesen und Begriffe anschließend nicht ebenso systematisch auf andere soziale Gruppen, insbesondere die Weißen, bezogen werden. Tatsächlich wurden die Konzepte der „Unterklasse“ und der „Kultur der Armut“ in der sozialwissenschaftlichen Diskussion immer mehr auf die schwarze Unterschicht verengt – trotz der auch in anderen Gruppen relativ hohen Armut, die auf diese Weise der semantischen Unsichtbarkeit anheim fiel. Obwohl gerade Präsident Johnson anfänglich zur Rechtfertigung der Sozialprogramme immer wieder auf die Weißen in den ländlich geprägten Appalachen verwies, war diesbezüglich fast nie von einer „Unterklasse“ oder „Kultur der Armut“ die Rede.

Bereits frühzeitig zeigt sich also in der US-amerikanischen Diskussion die Tendenz, Armut in erster Linie, wenn nicht gar exklusiv, als Problem der schwarzen Bevölkerung auszuweisen – obwohl in absoluten Zahlen mehr Weiße als Schwarze unterhalb der Armutsgrenze leben, und das bis heute. Die ideologische Funktion dieser Zuschreibung im Zuge des damals einsetzenden konservativen *Backlash* liegt auf der Hand: Indem man Armut als exklusives Problem der Schwarzen kennzeichnet, kann man andere Gruppen, und hier insbesondere die weiße Mehrheitsbevölkerung, umso leichter politisch gegen die sozialstaatlichen Transferleistungen mobilisieren. Insofern hat die Zuschreibung „Unterklasse = schwarz“ in der Tat wesentlich dazu beigetragen, den späteren Abbau des Sozialstaates ideologisch vorzubereiten.⁷

Im Kontext des „Krieges gegen die Armut“ wurde daneben quasi von Staats wegen eine Deutung popularisiert, die ausschließlich auf die (Kultur der) Armut großer Teile der schwarzen Bevölkerung fokussiert war. Eine 1965 vom Arbeitsministerium unter der Federführung von Daniel P. Moynihan erstellte Studie erklärte sie mit den besonderen Familienstrukturen der Schwarzen. Unter Verweis auf die im Vergleich hohe Zahl unehelich geborener Kinder in den schwarzen Stadtteilen glaubte man, „matriachale“ Familienstrukturen ausmachen zu können. Dieses vermeintliche „Matriachat“ sei, so die offensichtlich aus einer patriarchalen Perspektive schreibenden Autoren, für die andauernde Armut in der afroamerikanischen Bevölkerung verantwortlich.⁸

6 Vgl. Albert Scharenberg, *Schwarzer Nationalismus in den USA. Das Malcolm X-Revival*, Münster 1998.

7 Nicht zufällig korrespondierte mit dieser Zuschreibung auch der Diskurs über den Verfall der – vorwiegend von Schwarzen und anderen Minderheiten bewohnten – Innenstädte; vgl. Steve Macek, *Urban nightmares. The media, the Right, and the moral panic over the city*, Minneapolis 2006; Albert Scharenberg, *Der diskursive Aufstand der schwarzen „Unterklassen“*. HipHop als Protest gegen materielle und symbolische Gewalt, in: Anja Weiß u.a. (Hg.), *Klasse und Klassifikation. Die symbolische Dimension sozialer Ungleichheit*, Wiesbaden 2001, S. 243-269.

8 Die Studie erklärte denn auch die „Rettung der schwarzen Familie“ zu einem „Fall für nationales Han-

Mit Hilfe des „Unterklasse“- und Armutsdiskurses wurde auf pseudo-wissenschaftliche, tatsächlich aber höchst ideologische Weise die Verantwortung für die Folgen jahrhundertelanger Unterdrückung und Marginalisierung der schwarzen Minderheit durch die weiße Dominanzgesellschaft den Betroffenen selbst aufgebürdet.

Vom Krieg gegen die Armut zum Krieg gegen die Armen

Im Zuge des konservativen *Backlash* in den 80er Jahren verdichtete sich diese (neo-)konservative Deutung der Ursachen von Armut und Ausgrenzung. Da sie an der Vision der Vereinigten Staaten als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ festhielt, sperrte sich die politische Rechte dabei insbesondere gegen den analytischen Rekurs auf gesellschaftliche Diskriminierung. Sie wollte die gerade in ihren Diskursen vorrangig als schwarz definierte Armut stattdessen mit Fehlern (wohlfahrts-)staatlicher Politik und einem Fehlverhalten der Betroffenen erklären – eine Diskussion, wie sie hierzulande jüngst zur Begründung der Hartz-Reformen bemüht wurde.

Zur Bibel des Angriffs auf den Sozialstaat wurde dabei Charles Murrays auf dem Höhepunkt der Reagonomics veröffentlichtes Buch „Losing Ground“, das Murray mit Unterstützung des neokonservativen Think-Tanks Manhattan Institute for Policy Research verfasste.⁹ Er diskutiert darin die amerikanische Sozialpolitik der Nachkriegszeit und kritisiert insbesondere die linken und liberalen „strukturellen“ Erklärungsmuster und Politikansätze. Demgegenüber wendet er sich in einer für die politische Rechte paradigmatischen Form einer eigenen Interpretation der „Kultur der Armut“ zu. Diese ist, anders als bei Lewis, keine Reaktion auf die Lebensbedingungen derjenigen mehr, die vom materiellen Wohlstand ausgeschlossen sind, sondern stattdessen das Produkt des Wohlfahrtsstaates selbst. Die Sozialpolitik der Liberalen hätte in der „Unterklasse“ eine „welfare dependency“ (Nathan Glazer) erzeugt – in der Bundesrepublik firmiert dies heute als „Sozialstaatsmentalität“ –, die die Betroffenen in eine Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen gebracht hätte. Die Ursachen der Armut liegen demzufolge nicht im Kapitalismus und/oder im Rassismus, sondern im Wohlfahrtsstaat und dem von ihm erzeugten Fehlverhalten der Betroffenen, dem Murray den Charakter einer *rational choice* in einem falsch ausgerichteten Sozialsystem zuweist.

Präsident Reagan popularisierte diese Interpretation im Bild der schwarzen „welfare queens“: Junge (schwarze) Mädchen bekämen uneheliche Kinder, um nicht zur Arbeit gehen zu müssen, was ihnen durch die „königlichen“ sozialstaatlichen Leistungen ermöglicht würde. In diesem Kontext war die politische Lösung des Armutproblems plötzlich denkbar einfach: Weg mit

dehn“, vgl. U.S. Department of Labor/Office of Policy Planning and Research, *The Negro Family: The Case for National Action*, Washington D.C. 1965. Bereits zuvor war die „Matriarchatsthese“ allerdings vertreten worden von E. Franklin Frazier, *The Negro Family in the United States*, Chicago 1939. Zur Kritik vgl. Herbert G. Gutman, *The Black Family in Slavery and Freedom, 1750-1925*, New York 1976, sowie Angela Davis, *Women, Race and Class*, New York 1981.

9 Charles Murray, *Losing Ground. American Social Policy, 1950-1980*, New York 1984.

den wohlfahrtsstaatlichen Programmen! Und, an die Marginalisierten gerichtet: Helft Euch selbst, dann hilft Euch Gott!

Diese Idee übte großen Einfluss auf die Republikanische Partei aus und stand schließlich Pate bei der radikalen Sozialstaatsreform 1996, die den Bezug von Sozialleistungen auf lebenslang maximal fünf Jahre beschränkte.

Entsprechend definierte Murray in der Folge auch die – im Wesentlichen schwarze – „Unterklasse“: nämlich ausdrücklich nicht über Armut und Einkommen bzw., wie Myrdal, als die dauerhaft Exkludierten, sondern mittels dreier Kriterien: dem Anteil unehelich geborener Kinder, der Kriminalitätsrate (einschließlich Drogenmissbrauch) und dem dauerhaften Rückzug vom Arbeitsmarkt. Erst diese Faktoren führen, Murray zufolge, zur dauerhaften Exklusion der Betroffenen.¹⁰

Das „erzieherische“ Ansinnen Murrays ist seiner Definition geradezu eingeschrieben: Nicht zufällig beziehen sich alle drei genannten Faktoren auf das Verhalten der Subjekte selbst, sind also einer strukturellen, „systemischen“ Komponente weitgehend entkleidet. So ist es nicht länger die *Armut*, die es zu bekämpfen gilt, sondern die „Kultur der Armut“. Nach Murray machen die Armen aus den „Unterklassen“ einfach alles falsch: Sie kriegen ihre Kinder ohne Trauschein, werden straffällig und kümmern sich nicht um anständige Arbeit.

Die Übereinstimmungen mit dem moralinsauren Diskurs der religiösen Rechten über „sexuelle Unmoral“, Drogenmissbrauch und „Faulheit“ liegen auf der Hand. Im Ergebnis verschiebt sich die Definition der „Unterklasse“ – statt um dauerhafte soziale Ausgrenzung von der Gesellschaft geht es nunmehr um abweichendes bzw. anormales Verhalten der Betroffenen selbst. Diese Definition und politischen Handlungsvorschläge zeigen, wie der Begriff der „Unterklasse“ und die These der „Kultur der Armut“ in den 80er Jahren geradewegs in Kampfbegriffe gegen den Sozialstaat gewendet werden – und wie der Krieg gegen die Armut letztlich zum Krieg gegen die (schwarzen) Armen verkommt.

Die Wurzeln dieses Verständnisses lassen sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen.¹¹ Bereits damals erklärten die Sozialreformer Armut mit ähnlich definiertem individuellen Fehlverhalten (wie Trinken, Faulheit und schlechtes Benehmen) statt mit sozialstrukturellen und gesellschaftlichen Faktoren. Dementsprechend wurde auch damals stets unterschieden zwischen den „deserving poor“, den unverschuldet in Not Geratenen, denen geholfen werden müsse, und den „undeserving poor“, die aufgrund ihres Fehlverhaltens keine Unterstützung verdienten.

Soziale Isolation und „amerikanische Apartheid“

Angesichts der Hegemonie sozialstaatsfeindlicher Positionen à la Murray versuchten Sozialwissenschaftler in der Folge, die kritische Dimension der Sozial-

10 Charles Murray, *The Underclass Revisited*, www.aei.org/publications/pubID.14891/pub_detail.asp.

11 Vgl. Herbert Gans, *The War against the Poor. The Underclass and Antipoverty Policy*, New York 1995.

strukturanalyse für liberale und linke Positionen zurückzuerobern. Im Mittelpunkt der Diskussion standen dabei die Arbeiten des Soziologen William Julius Wilson, die sich vor allem auf die spezifische Situation der (schwarzen) „Unterklasse“ in den Innenstädten der Metropolen konzentrieren.

Wilson untersucht die Ursachen sozialer Ausgrenzung anhand der konkreten Lebensbedingungen der Betroffenen. Der Ausbruch aus dem sozialen Gefängnis ihrer Herkunft falle den ghettoisierten, schwarzen Armen, so Wilson, deshalb besonders schwer, weil sie nur über sehr begrenzte Möglichkeiten verfügten. Verantwortlich hierfür sei insbesondere ihre neuartige „soziale Isolation“. Auch Wilson spricht diesbezüglich von einer – aus der sozialen Isolation resultierenden – ghettospezifischen, „pathologischen“ Kultur, die für ihn jedoch keine „Kultur der Armut“, sondern eine situationsspezifische Anpassung an die Umwelt und daher eine „Kultur der Enttäuschung“ darstellt. In den innerstädtischen Ghettos zurückgeblieben seien nur „The Truly Disadvantaged“, die „wirklich“ benachteiligten Ärmsten der Armen – die schwarze „Unterklasse“.¹²

Ein zentrales Kennzeichen dieser „Unterklasse“ ist, Wilson zufolge, ihre *dauerhafte* Ausgrenzung von der Gesellschaft und ihren Institutionen – sie bilden die permanente industrielle Reservearmee, sind die „Überflüssigen“, von denen mittlerweile auch hierzulande immer häufiger die Rede ist.

Wilson's Arbeit wurde dafür kritisiert, dass er – hier ganz in der Tradition der Chicago School of Sociology – zu viel Gewicht auf kulturelle Faktoren und die „Pathologie des Ghettos“ lege, vor allem aber, weil er den gesellschaftlichen Rassismus als Erklärungsfaktor für soziale Ungleichheit faktisch ausschloss. Sein erstes Buch zum Thema war sogar explizit der „abnehmenden Bedeutung“ der Hautfarbe gewidmet.¹³ In diesem Sinne war seine Interpretation, trotz einer Betonung des sozialen Faktors, durchaus Teil des liberalen, vermeintlich „farbenblinden“ Kanons.

Allerdings schärfte Wilson später sein analytisches Instrumentarium, indem er bei seiner Untersuchung der „Unterklasse“ die Kritik der „amerikanischen Apartheid“¹⁴ aufgriff. Die ghettoisierten Schwarzen begegneten, stellte er nunmehr fest, in der Tat Barrieren (beispielsweise im Einstellungsverhalten der Unternehmer), denen andere innerstädtische Minderheiten weit weniger ausgesetzt sind.¹⁵ Auf diese Weise hat die anhaltende Kontroverse über Wilson's Arbeiten dazu beigetragen, dass sich auch die gesellschaftliche Debatte über Armut – zumindest im Vergleich zur Reagan-Ära – wieder verstärkt für kritische Positionen öffnete.

Auf der anderen Seite zeigte sich in dieser Debatte allerdings auch die Wirkungsmächtigkeit der konservativen Interpretation der Armut: Einmal als ein

12 William Julius Wilson, *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy*, Chicago und London 1987; zur „Pathologie des Ghettos“ vgl. auch Kenneth B. Clark, *Dark Ghetto. Dilemmas of Social Power*, New York 1965.

13 William Julius Wilson, *The Declining Significance of Race*, Chicago und London 1978.

14 Douglas S. Massey und Nancy A. Denton, *American Apartheid. Segregation and the Making of the Underclass*, Cambridge 1993; zur Kontinuität der Rassentrennung vgl. auch Albert Scharenberg, *Weißer Herrschaft, schwarzer Kampf. Erfolg und Scheitern der Bürgerrechtsbewegung*, in: „Blätter“ 12/2005, S. 1503-1512.

15 William Julius Wilson, *When Work Disappears. The World of the New Urban Poor*, New York 1996.

Phänomen des Verhaltens eingestuft, betrifft die Armut nur eine kleine und sozial isolierte Bevölkerungsgruppe, nämlich die (schwarze) „Unterklasse“, die sich scharf von den anderen von Armut betroffenen Gruppen unterscheidet, die angeblich stärker dem Mainstream entsprechen.¹⁶

Deutsch-amerikanische Parallelen

Obwohl also die sozialwissenschaftliche Diskussion über die (schwarze) „Unterklasse“ anhält, hat sich die gesellschaftliche Debatte über Armut in den letzten Jahren erneut verschoben. Im Fokus standen zuletzt insbesondere die sogenannten „working poor“, also jene Menschen, die trotz (Vollzeit-)Arbeit nicht genug verdienen, um zumindest eine bescheidene Variante des *American Way of Life* erreichen zu können. Dabei kommt den auch hierzulande populären Büchern von Barbara Ehrenreich über die „arbeitenden Armen“¹⁷ das Verdienst zu, die Armutsdebatte gewissermaßen „aus dem Ghetto herausgeholt“ und damit wieder gesellschaftlich verallgemeinert zu haben. Dadurch wird zugleich der Stigmatisierung der Boden entzogen und ein Gegeneinanderausspielen der Betroffenen erschwert.

Der Diskussion über die „working poor“ entspricht dabei der bundesdeutsche Streit über die „Prekarität“. Kern beider Debatten sind die ökonomischen und politischen Mechanismen sozialer Exklusion – insbesondere die Folgen der sozialen Polarisierung, die sich nach der Aufkündigung des Klassenkompromisses „von oben“ in den westlichen Industrieländern, trotz des weiterhin rasant wachsenden gesellschaftlichen Reichtums, substanziell verschärft hat.¹⁸ Dadurch haben sich die (Aufstiegs-)Möglichkeiten, Partizipationschancen und damit auch die Lebenschancen für Ungelernte drastisch verschlechtert.

In der Folge verstetigen und verfestigen sich die Arbeitslosigkeit und Armut vieler Betroffener. Von besonderer Dramatik ist dabei das Schicksal der dauerhaft Ausgegrenzten – der „Überflüssigen“ –, die der Möglichkeit zur selbstständigen Reproduktion beraubt sind. Wie dieser Exklusion der „Unterklasse“ und der „arbeitenden Armen“ politisch begegnet werden soll, ist, auch in der Bundesrepublik, zur Schlüsselfrage der Sozialsysteme und der Demokratie geworden.

Die US-amerikanische Unterschichten- und Sozialstaatsdebatte offenbart in diesem Kontext allerdings, gerade angesichts der Kontroverse um die Bedeutung des gesellschaftlichen Rassismus für die Ausgrenzung der „Unterklasse“, einen zentralen Unterschied zur Situation in der Bundesrepublik, wo Langzeitarbeitslosigkeit bzw. dauerhafte Exklusion (noch) nicht so stark ethnisch bzw. „rassisch“ kodiert ist. Insofern scheint eine simple Übertragung der

16 Alice O'Connor, Rasse, Klasse und Ausgrenzung: Das Konzept der Unterklasse in historischer Perspektive, in: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer und Walter Siebel (Hg.), *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M. 2004, S. 43-70, hier S. 68.

17 Vgl. insbesondere Barbara Ehrenreich, *Arbeit poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft*, München 2001, sowie ihren Blog: <http://ehrenreich.blogs.com>.

18 Vgl. Albert Scharenberg, *Globalisierung, Postfordismus und soziale Ungleichheit*, in: ders. und Oliver Schmidtke (Hg.), *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*, Münster 2003, S. 26-54.

Analyse auf die Situation in der Bundesrepublik nicht angeraten, da hierfür gewissermaßen die Subtraktion des Faktors „Rasse“ erforderlich wäre.

Trotzdem weisen die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in beiden Ländern zugleich weitere interessante Parallelen auf – vor allem mit Blick auf die Diskussionen über den politisch induzierten Abbau des Sozialstaates. Auch hierzulande wird immer mehr den sozial Schwachen und insbesondere den Migrantinnen und Migranten die Verantwortung für ihre Ausgrenzung und geringen Bildungsressourcen zugeschoben. Dabei sind dann nicht mehr die kapitalistische Armutsproduktion sowie die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums die zentralen Fragen, deren sich die Politik anzunehmen hat, sondern das Verhalten von „welfare queens“ und Hartz-IV-Empfängern. Nicht soziale Marginalisierung und Exklusion werden als Probleme der Gesellschaft definiert, sondern eine – aus selbstgerechter Mittelschichtenperspektive definierte – „Kultur der Armut“ in Form von „welfare dependency“ und „Sozialstaatsmentalität“. Zur Bekämpfung der Armut wird folglich in beiden Ländern immer öfter nicht mehr, sondern zynischerweise weniger Sozialpolitik anempfohlen.

Dabei droht gegenwärtig auch in der Bundesrepublik eine stärker ethnische Kodierung der Armut. Zunehmend werden soziale Probleme als Folgen der Migration bzw. einer „gescheiterten Integration“ dargestellt. Dies illustrieren beispielhaft die „Türkenghetto“-Zuschreibungen im Kontext der PISA-Debatte, bei der die deutschen Schulen angeblich deshalb so schlecht abschnitten, weil die Schulleistungen der Einwandererkinder, deren Eltern sich nicht integrieren wollen, den Durchschnittswert drücken. Diese – gerade in der Diskussion über die Neuköllner Rütli-Schule erkennbare – Argumentationskette „geringe Bildung = türkisch/nicht-integriert = arm = Sozialleistungsempfänger“ erfüllt dieselbe ideologische Funktion, wie sie anhand der US-Debatte über die „schwarze Unterklasse“ aufgezeigt wurde.

Hier weist die US-amerikanische der bundesdeutschen Debatte ihre Zukunft: Indem man Armut und Ausgrenzung vorrangig als Problem (des Verhaltens) einer ethnischen Minderheit definiert, lässt sich die Mehrheitsbevölkerung umso leichter gegen den Sozialstaat mobilisieren. Insofern ist die Stigmatisierung der Minderheit die diskursive Begleitmusik, die die Bevölkerung auf die nächste Runde anstehender Kürzungen des angeblich so überforderten Sozialstaats einstimmen soll.

Dabei liegen alternative Ansätze zur Armutsbekämpfung bereits auf dem Tisch. So fordern Gewerkschaften und sozialpolitische Vereinigungen in den Vereinigten Staaten derzeit unter anderem eine Anhebung des seit Jahren stagnierenden *minimum wage*, und auch in der Bundesrepublik wird inzwischen heftig über die Einführung des – in anderen europäischen Ländern längst geltenden – gesetzlichen Mindestlohnes diskutiert. Überhaupt scheint, nimmt man die Bekämpfung von Armut ernst, eine Umkehr der Umverteilung von unten nach oben dringend geboten. Da es in diesem Kontext politisch von entscheidender Bedeutung sein wird, die – von den Konservativen strategisch betriebene – Spaltung zwischen „working poor“ und „Unterklasse“ zu verhindern, sollten Forderungen wie die Erhöhung bzw. Einführung des Min-

destlohnes allerdings mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger verbunden werden.

Die Metamorphosen der US-amerikanischen Debatte zeigen nachdrücklich, wie stark die Bedeutung der Begriffe von der Lufthoheit im gesellschaftlichen Kampf um die Deutung sozialer Ungleichheit abhängt. Dabei droht offensichtlich eine – oftmals auch strategisch betriebene – Stigmatisierung der Benachteiligten. Es kommt deshalb umso mehr darauf an, den ideologischen Umdeutungen von Armut und Ausgrenzung und den zunehmenden Schuldzuweisungen an die Betroffenen entgegenzuwirken. Dazu müssen die sozialen Hierarchien allerdings auch unumwunden beim Namen genannt werden. Denn soziale Ungleichheit schlicht, wie Müntefering und Co. es tun, in Begriffslosigkeit einzunebeln und auf diese Weise semantisch unsichtbar zu machen, ist, will man ihr entgegenwirken, mit Sicherheit die falsche Antwort.

Schenken Sie was Vernünftiges



Neu: Archiv-CD 2007



Suchen Sie nicht lange nach Alternativen: Mit einem Geschenkabo der Blätter können Sie garantiert nichts falsch machen. Und für jeden neuen Leser bedanken wir uns bei Ihnen mit der brandneuen Archiv-CD 1990-2006.

Mehr Informationen unter www.blaetter.de.